

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 97 (2003)
Heft: 9

Artikel: NW-Gespräch von Willy Spieler mit Josef Lang : "Das Herzblut fließt nun einmal für das Grundsätzliche"
Autor: Spieler, Willy / Lang, Josef
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-144417>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 08.02.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

«Das Herzblut fliesst nun einmal für das Grundsätzliche»

Das folgende Gespräch ist das dritte in der Reihe unserer NW-Gespräche vor den eidgenössischen Wahlen. Nach Hubert Zurkinden, dem Generalsekretär der Grünen Partei der Schweiz (2/03), und Paul Rechsteiner, dem Präsidenten des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes und SP-Nationalrat (4/03), unterhält sich der Redaktor mit Josef Lang, Zuger Kantonsrat der Sozialistisch-Grünen Alternative. Jo Lang werden gute Chancen eingeräumt, den Zuger Linken «ihr» Nationalratsmandat zurückzuerobern. Er betreibt Politik mit dem Hintergrund des gelernten Historikers, vor allem aber mit einem ethischen Anspruch, der zwangsläufig den herrschenden Interessen des «Finanz- und Handelsplatzes» Zug zuwiderläuft. Unser Freund engagiert sich gewissenmassen im «Gehirn des Monsters» für Gerechtigkeit, Frieden und Bewahrung der Schöpfung. Dabei hält er am Wort und an der Sache des Sozialismus fest, auch und gerade weil dieser einer grundlegenden Erneuerung bedarf. Das Gespräch wurde am 21. August im «Büro Gegenwind», einem Dokumentationszentrum der Linken in Zug, geführt. Das «Büro Gegenwind» steht übrigens allen Interessierten unentgeltlich zur Verfügung. Ein Besuch lohnt sich.

Red.

«Wir lassen uns nicht ins Nirwana der Mitte verleiten»

Willy Spieler: *Jo, Du kandidierst als Mitglied der SGA (Sozialistisch-Grüne Alternative) bei den Nationalratswahlen. Du willst das Mandat, das die Linke vor vier Jahren verloren hat, für die Alternativen des Kantons Zug, ein Bündnis linksgrüner Gruppierungen, zurückgewinnen. Wie siehst Du Deine Chancen?*

Josef Lang: Die linke Listenverbindung von SP und Alternativen hat gute Chancen, den verlorenen Sitz zurückzuholen. Für ein Vollmandat braucht es im Kanton Zug 25 % und eine Stimme. Bei den Regierungs- und Ständeratswahlen im letzten Herbst machten wir gut 27 %. Auf kantonaler Ebene sind die SP und die Alternativen etwa gleich stark. Die kantonale SP profitiert bei nationalen Wahlen von der Stärke der SP Schweiz. Unsere Vorteile liegen in der personellen Zusammensetzung der Listen und in einer bedeutend stärkeren politischen Präsenz ausserhalb der Wahlkampfzeiten.

WS: *Das linke Mandat war früher der SP zugefallen. Aber für die Medien bis hin zur NZZ werden eigentlich nur Dir Chancen eingeräumt, diesen Sitz zurückzugewinnen. Das ist überhaupt eine interessante Entwicklung, dass ausgerechnet auf dem Finanz- und Handelsplatz Zug eine Partei, die sich nicht nur «grün», sondern mit munterer Selbstverständlichkeit auch «sozialistisch» nennt, bei den Wählerinnen und Wählern eher besser ankommt als die SP.*

JL: Eines unserer Erfolgsgeheimnisse liegt darin, dass wir uns weder von Werbefritzen noch von Meinungsforscherinnen ins grosse Nirwana der Mitte verleiten lassen. Das hat sich auch bei den jüngsten Wahlen in der Stadt Zug ausbezahlt. Die SGA kam auf 18 %, die SP auf 13,5 %, und die uns nahe stehenden Christlichsozialen kamen auf 4,5 %. Die städtische SP, die in den 80er Jahren über 20 % erreichte, verfolgt einen Kurs Rich-

tung Mitte und Mittelstand. Sie hat schon am «*Gurtenmanifest*» Gefallen gefunden...

WS: ... *einem inoffiziellen SP-Papier, das den Anschluss an das Schröder-Blair-Papier nicht verpassen wollte.*

JL: Wir verfolgen eine konsequent soziale, grüne und weltsolidarische Politik. Wir haben auch eine starke öffentliche Präsenz. Bei unseren *Kampagnen* gegen Zuger Konzerne wie *Glencore* – die Nachfolgefirma von Marc Rich – oder *Crown Resources* halten wir nicht zuerst den feuchten Finger in den Wind der politischen Stimmungslage, sondern wir folgen den Recherchen unserer Köpfe und den Geboten unserer Herzen. Das wirkt mit der Zeit auch überzeugend.

Anfänglich und bis in die späten 80er Jahre haben wir für unsere kritische Haltung elektoral sicher einen Preis bezahlt. Aber seit den 90er Jahren ist es die SP, die für die unterlassene Kritik am Zuger Finanz- und Handelsplatz ihren Preis bezahlen muss. Ob eine linke Partei bei hochbrisanten Fragen in schöner Regelmässigkeit die Gemüter bewegt oder ob sie diese Fragen vernachlässigt, vor lauter Angst, Stimmen zu verlieren, macht schon einen Unterschied für Präsenz und Profil, vor allem aber auch für die eigene Power.

Die *Demo gegen Crown Resources*
...

WS: ... *der die «Prestige» gehörte, die im November des letzten Jahres vor der spanischen Küste die Tanker-Katastrophe verursacht hat.*

JL: Ja, diese Demo hat uns viel Kraft gegeben, wie sich nachher auch in der Friedensbewegung zeigte. Die SP-Leitung dagegen hat sich von der Crown-Demo distanziert. Das hat für die Partei demoralisierend gewirkt. *Moral* zu haben oder nicht zu haben, und zwar in der *doppelten Bedeutung* des Wortes, ist für eine Partei wichtiger, als die meisten Werbe-fachleute meinen.

WS: *Es gibt auch in der SP genug Leute, die aus einem moralischen Antrieb politisch geworden sind. Umso unverständlicher ist eine solche Haltung ihrer Parteileitung.*

JL: Und für uns in Zug ist die grosse moralische Frage der Finanz- und Handelsplatz.

«Ich fühle mich überhaupt nicht als Opfer»

WS: *Für die NZZ bist Du der «national bekannte Kritiker des Wirtschaftsplatzes Zug» (9.8.03). Das ist noch eher untertrieben, haben Dich inzwischen doch auch Medien anderer Länder entdeckt – von der ARD (18.8.03) bis zu Zeitungen in Übersee. Du warst einer der ersten, der die Verursacher der Tanker-Katastrophe beim Namen genannt hat. Bei der Kundgebung vom 28. November 2002 vor dem Firmensitz der «Crown Resources» hast Du gesagt: «Die Crown Resources verkörpert die Globalisierung, wie sie leibt und lebt, verwüstet und tötet. Sie sucht sich überall die transportrechtlichen, arbeitsrechtlichen und steuergesetzlichen Nischen aus, um ihre Drecksengeschäfte tätigen zu können.» Wie geht es einem, der so mutig im «Gehirn des Monsters» Politik macht und dabei nicht einmal von der SP unterstützt wird?*

JL: Die NZZ erkennt, dass ich nicht nur Wirtschaftskritiker bin. Ich gehöre zu denen, die gegen den Handels- und Finanzplatz auch den Werkplatz verteidigen...

WS: ... *der ja auch zur Wirtschaft gehört.*

JL: Die *niedrigen Steuern* haben ihre Kehrseiten: Zug hat in der Schweiz die *höchsten Mieten* und die *höchsten Lebenskosten*. Diese beiden Faktoren verteuern die Arbeitskosten und wirken sich für den Werkplatz viel stärker aus als die Steuern.

Und zu Deiner Frage nach meinem persönlichen Befinden: Wenn es den Fi-

nanz- und Handelsplatz Zug nicht gäbe, wäre es mir hier viel zu langweilig. Schon als Kind in einem Bauerndorf hatte ich das starke *Bedürfnis nach Welthaltigkeit*, nach Kontakten in der weiten Welt. Mit Verwandten, die in den *Missionen* tätig waren, habe ich Stunden verbracht, wenn sie vorübergehend nach Hause kamen. Schon als neun- bis elfjähriger nahm ich leidenschaftlich Anteil an Fragen des *Konzils*, die ich damals noch kaum verstehen konnte. Und heute stille ich dieses Bedürfnis nach Welthaltigkeit, indem ich mich mit *Zuger Firmen* auseinandersetze, die weltweit tätig sind. Die Missionare von damals werden er-

schen Gegner Respekt und Anerkennung findet.

JL: Es gab auch schon schwierigere Jahre. In den 70er und 80er Jahren gab es *Berufsverbote* für Lehrerinnen und Lehrer aus unserer Bewegung.

WS: *Ja, und wie steht es um das Berufsverbot, das der Kanton Zug einmal über Josef Lang verhängt hat?*

JL: Die Regierung hat sich vor etwa fünf Jahren von diesem Berufsverbot distanziert. Anlass dazu gab ihr der Umstand, dass ein Mitglied der antisemitischen Sekte *«Universale Kirche»* Rektor der Kantonsschule war und dass der gleiche Rektor die an der Kantonsschule recht zahlreichen *VPM-Mitglieder* protegiert hatte. Sie haben in einem Wachstumskanton wie Zug die Stellen eingenommen, die man den Linken verweigerte. Diese Konstellation war für die bürgerliche Seite schwierig zu erklären, zumal die alternative Linke im Kanton sogar einen *Regierungsrat* stellt.

WS: *Die alternativen Fraktionen in der Stadt und im Kanton Zug verlangten, dass die Steuereinnahmen der Crown Resources den Opfern der Ölkatastrophe zur Verfügung gestellt werden sollten. Was ist daraus geworden?*

JL: Im Kanton haben die Bürgerlichen einmal mehr ihre *Nibelungentreue zum Finanz und Handelsplatz* unter Beweis gestellt und die Motion abgeblockt. In der Stadt sieht es besser aus, zumal der zuständige Stadtrat, der *Christlichsoziale Andreas Bossard*, im Kantonsrat der Alternativen Fraktion angehört hatte und gleichsam einen alternativen Exekutiv-Sitz besetzt.

WS: *Ein anderes Beispiel für die Verfilzung zwischen dem Finanz- und Handelsplatz Zug und dubiosem Kapital ist Marc Rich, dessen Machenschaften Du – übrigens auch mit Echo in der internationalen Presse – aufgedeckt hast. Inzwischen ist es um Rich ruhiger ge-*



«Moral ist für eine Partei wichtiger, als Werbefachleute meinen» (Jo Lang beim NW-Gespräch im «Büro Gegenwind» in Zug).

setzt durch Medienschaffende, aber auch Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter sowie globalisierungskritische Leute, die aus aller Welt nach Zug kommen. Ich fühle mich überhaupt nicht als Opfer.

WS: *Ich habe im Gegenteil den Eindruck, dass Deine Position selbst beim politi-*

worden. Ist das eine Folge seiner Amnestierung durch Bill Clinton?

JL: Um Marc Rich ist es schon vor der Begnadigung ruhiger geworden. Denn seine Firma wurde von den damaligen Managern aufgekauft und in die Glencore verwandelt. Da uns Marc Rich nicht als Person interessierte, sondern als *global trader*, wurde nach diesem Deal die Kritik an der Glencore viel interessanter. Die *Begnadigung* hat sich für Rich im übrigen als *Bumerang* erwiesen, sie hat nur bewirkt, dass er wieder zum Thema wurde. Er wollte jedoch in die USA zurückreisen, was er sich jetzt, da er wieder zum Thema wurde, nicht leisten kann.

«Den Reichen wird gegeben, den andern wird genommen»

WS: Du hast im letzten Jahr schon mit einem Achtungserfolg für den Ständerat kandidiert und Deinen Mitbewerber von der SVP um den dritten Platz hinter den beiden Bisherigen klar geschlagen. Der Wahlkampf wurde dadurch nicht nur zwischen der bürgerlichen Mitte von CVP und FDP einerseits und der nationalistischen Rechten andererseits geführt. Es ist Dir vielmehr gelungen, soziale Gerechtigkeit und Ökologie zum Thema zu machen. Welches sind Deine Schwerpunkte für die NR-Wahlen?

JL: Ich zweifle, ob es eine *bürgerliche Mitte* noch gibt. Wo es sie sicher nicht mehr gibt, ist im Kanton Zug. In der politischen Landschaft der Schweiz bewegen sich die Zuger Bürgerlichen in sozial-, wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen im Schlepptau der Lobby von Wirtschaftsanwälten. Das drückt sich so aus, dass ein liberaler Freisinniger wie *Andreas Iten* ...

WS: ... der frühere Ständerat, der sogar ein Buch gegen den Blocherschen Populismus geschrieben hat ...

JL: ... im Zuger Bürgertum politisch ziemlich isoliert ist.

Ja, ich hatte letztes Jahr einen *inhalts-*

bezogenen Wahlkampf geführt. Das hat sich ausbezahlt. Das Interesse der Leute für Inhalte ist eindeutig gewachsen.

WS: Deine Wahlplattform war sehr umfassend, schon fast ein Parteiprogramm, das jeder linken Organisation gut anstehen würde.

JL: Meine Schwerpunkte für den gegenwärtigen Wahlkampf sind neben der Klimaerwärmung und der *Rentenfrage* die *Steuer- und Sparpakete* der bürgerlichen Mehrheit in den eidgenössischen Räten. Die Anzeichen mehren sich, dass die Bürgerlichen diesmal wirklich zu weit gegangen sind. Im Unterschied zur SPS-Leitung bin ich überzeugt, dass wir das Referendum gegen diese Pakete gewinnen können.

WS: Welche dicken Hunde stecken in diesen Paketen?

JL: Unter dem Begriff «Familienbesteuerung» gehen allein bei der direkten Bundessteuer 1,2 Milliarden Franken verloren. Zwei Drittel dieser *Steuergeschenke* fallen an die 7 % Bruttoeinkommen über 120 000 Franken. Nur etwa 10 % dieser *Steuergeschenke* fallen an die 70 % Bruttoeinkommen unter 70 000 Franken.

Der zweite dicke Hund besteht aus einer Änderung in der *Immobilienbesteuerung*. Die Besitzer von Häusern und insbesondere von Villen müssen fast zwei Milliarden weniger Steuern bezahlen. Die Mieterinnen und Mieter gewinnen überhaupt nichts dabei. Mit weiteren 300 Millionen Franken werden die Besitzenden von Aktien durch die *Abschaffung der Stempelsteuer* entlastet.

Mit dem Steuerpaket verbunden ist das *Sparpaket*, das gut drei Milliarden ausmacht. Es beinhaltet einen Abbau bei der AHV, indem hier die Anpassung an den allgemeinen Lebensstandard abgeschafft wird, einen Abbau bei der familienergänzenden Kinderbetreuung, einen massiven Abbau beim öffentlichen Verkehr und bei den Alternativenergien

sowie die Abschaffung der Wohnbauförderung.

Diese Verknüpfung von Steuerpaket und Sparpaket erlaubt es nicht nur, die *soziale Frage* zu thematisieren – den Reichen wird gegeben und den andern wird genommen –, sondern auch die Verbindung herzustellen zwischen Sozialpolitik und ökologischer Politik. Eine weitere Folge des Steuerpakets ist nämlich ein massiver Abbau auf Kosten der Ökologie.

Hinzu kommt die Verbindung mit der *Weltsolidarität*. Ein starker Abbau steht ja auch bei der Entwicklungspolitik, bei der Asylpolitik und bei der zivilen Friedensförderung in Aussicht.

«Die Wirtschaftsdemokratie ist ein Stiefkind der Politik»

WS: *In einer Zeit des bürgerlichen Sozialabbaus plädiert Du für höhere AHV-Renten und für eine gerechte Steuerpolitik, sogar für eine eidgenössische Erbschaftssteuer.*

JL: Die erste Volksinitiative, für die ich mich als 18-jähriger engagiert hatte, zielte auf die *Einführung einer Volkspension*. Als Trotzkiten hatten wir damals diese Initiative der PdA mitgetragen ...

WS: ... *die bis weit in die gewerblichen Kreise mehrheitsfähig gewesen wäre, wenn sie nicht den «falschen Absender» einer kommunistischen Partei gehabt hätte.*

JL: Die Schweiz hat damit eine Riesenchance verpasst. Heute ist nicht die AHV in der Krise, das sind vielmehr die Pensionskassen. Das *Umlageverfahren* der AHV ist viel *krisenresistenter* als das Kapitaldeckungsverfahren der Pensionskassen. Wir sollten erneut einen radikalen Schritt ernsthaft prüfen. Allerdings ist dieser schwieriger als vor 30 Jahren, weil heute sehr viel Kapital in diesen Kassen steckt. Was man heute schon machen kann, ist die Umlagerung von den Pensionskassen auf die AHV. Ebenso

sollte das *Nationalbankgeld* vermehrt der AHV zugute kommen. Auch die alte Idee der Grünen, *Energiesteuern für die Sozialwerke* zu verwenden, verdient unser Interesse.

WS: *Was mich vor allem freut: Sogar das Mitbestimmungsrecht stand in Deinem letztjährigen Wahlprogramm.*

JL: Die *Wirtschaftsdemokratie* ist nicht nur ein Stiefkind der Politik, sondern auch der Demokratietheorie, ja selbst der Bewegung für eine Ausweitung und Vertiefung der Demokratie.

WS: *Als ob es zwei verschiedene Menschenbilder gäbe, eines für den Staat und ein anderes für die Wirtschaft.*

JL: Sowohl in der WoZ als auch im MOMA habe ich vor Jahren Dossiers veröffentlicht über *Mondragon*, die grösste Industriekooperative der Welt mit 25 000 Beschäftigten. Gegründet wurde sie von einem nationalistischen baskischen Geistlichen. Er wollte baskischen Arbeitern, die wegen ihrem Engagement für die Republik arbeitslos waren, eine Existenzgrundlage schaffen. Heute ist «Mondragon» das am besten funktionierende Unternehmen und einer der technologisch fortschrittlichsten Betriebe im Baskenland. Die Kooperative macht allerdings auch sehr fragwürdige Sachen. Sie hat z.B. eine Verkaufskette wie die Migros als normales kapitalistisches Unternehmen aufgebaut, ohne dieses kooperativ zu organisieren.

Das andere Beispiel betrifft den *Eisenbahnbauer Pullmann* in den USA. Er hat nicht nur ein grosses Unternehmen, sondern für seine Arbeiter auch eine Stadt aufgebaut. Beides: Unternehmen und Stadt hat er genau gleich geführt. Es gab damals eine grosse Diskussion, ob eine Stadt nicht wie alle Gemeinwesen in den USA demokratisch organisiert sein müsste. Schliesslich haben die Bundesbehörden durchgesetzt, dass die Pullmann-Arbeiter in ihrer Stadt die Behörden wählen und an Abstimmungen teil-

nehmen durften. Dann ist bei den Arbeitern die Frage aufgekommen: Warum dürfen wir nur in der Stadt demokratisch entscheiden, warum nicht auch im Betrieb? Ich stelle mir diese Frage noch immer.

«Das Bankgeheimnis ist ethisch fragwürdig und volkswirtschaftlich dumm»

WS: *Du bist einer der ganz wenigen Kandidierenden, die auch Alternativen zur heutigen Globalisierung entwickeln: Kein Investitionsabkommen MAI, dafür eine Tobin-Tax und Schuldenerlass für die Dritte Welt. Du bist auch Deinen GSoA-Wurzeln treu geblieben mit dem Satz: «Für eine echte Friedenspolitik braucht es keine Armee, dafür ein Waffenexport-Verbot.» Wäre es nicht Zeit für einen Schulterschluss zwischen den globalisierungskritischen Bewegungen und linken Parteien?*

JL: Für uns war *Globalisierungskritik* immer ein wichtiger Teil unserer *politischen Praxis*, gleichsam *avant la lettre*, als es dieses Wort noch nicht gab. Bei unserem Engagement in den frühen 80er Jahren gegen Marc Rich haben wir ähnlich argumentiert wie heute die globalisierungskritische Bewegung. In dieselbe Richtung zielte dieses Jahr unsere Kampagne für die Opfer der Ölkatastrophe. Wir solidarisierten uns mit der Belegschaft eines Betriebs im französischen Pas de Calais, der von der Glencore geschlossen wurde. Jetzt bereiten wir eine Kampagne vor für kolumbianische Minenarbeiter, die ebenfalls Opfer der Glencore sind. Für uns gehörte und gehört Globalisierungskritik zur politischen Praxis.

WS: *In Zug seid also Ihr der Motor der Globalisierungskritik und nicht eine soziale Bewegung wie Attac.*

JL: Aber wir arbeiten mit *Attac* zusammen und auch mit *jungen Leuten*, die unabhängig von uns zur Globalisierungskritik gestossen sind...

WS: *Auf dem Weg hierher war ich erstaunt, wie viele junge Leute Dich gekannt und gegrüsst haben.*

JL: (Lacht.) Das hat mit der Crown-Demonstration zu tun, wo sehr viele Junge teilgenommen haben. Es hat mehr noch mit der *Friedensbewegung* zu tun. Während des Irakkriegs haben wir jeden Donnerstag eine Kundgebung durchgeführt, und das in einer Stadt, wo Kundgebungen Seltenheitswert haben. Umso grösser war das Echo.

WS: *Wie steht es mit dem Verhältnis der linken Parteien zur globalisierungskritischen Bewegung auf schweizerischer Ebene?*

JL: Bei den *Grünen* gibt es den guten Willen zu einer solchen Zusammenarbeit. Es hapert bei der praktischen Umsetzung, weil die meisten grünen Gruppierungen aus meiner Sicht zu wenig bewegungsorientiert sind. Bei der *SP* stelle ich fest, dass sie gegenüber der globalisierungskritischen Bewegung *gespalten* ist. Sehr positiv engagieren sich die *Gewerkschaften*, allen voran *GBI* und *VPOD*, in diesen Bewegungen.

WS: *Bei der SP gab es auch schon einen globalisierungskritischen Konsens avant la lettre. Ich meine die Bankeninitiative in den frühen 80er Jahren. Heute ist manches anders. Sozialdemokraten, die einst für die Bankeninitiative eingetreten sind, um dieses Steuerhinterziehungsgeheimnis zu bekämpfen, frohlocken heute, dass es gelungen sei, das Bankgeheimnis in den Verhandlungen mit der EU zu erhalten. Zürichs Stadtpräsident sieht darin sogar einen «Grund zur Zuversicht» (NZZ 19./20.8.03).*

JL: Das Bankgeheimnis ist *ethisch fragwürdig*. Die Gelder, die in der Schweiz legal hinterzogen werden, fehlen oft gerade den ärmsten Menschen auf der Welt, sie fehlen für Schulen und Spitäler, im Fall von Marc Rich fehlten sie der Stadt New York für die Sozialpolitik. Die Verteidigung des Bankgeheimnisses ist

aber nicht nur ethisch fragwürdig, sondern auch eine *volkswirtschaftliche Dummheit*. Kürzlich haben selbst Industrieverantwortliche in der «NZZ am Sonntag» die Ansicht vertreten, der Preis dafür sei zu hoch. Der exportorientierte Sektor ist auf gute Beziehungen zum Ausland angewiesen. Das Bankgeheimnis beeinträchtigt in vielen Ländern diesen Goodwill gegenüber der Schweiz. Längerfristig ist das Bankgeheimnis ohnehin nicht aufrechtzuerhalten. Um so grösser ist das Loch, in das die Volkswirtschaft dannzumal fallen wird.

«Der SP kommt die aktive Basis abhandeln»

WS: *Dass Amtsträger die linke Bodenhaftung verlieren, ist nicht neu, neu ist, dass die linke Basis stillschweigend darüber hinweggeht. Wie stellt sich die Sozialdemokratie heute aus Deiner Sicht dar?*

JL: Persönlich erlebte ich die SP in letzter Zeit vor allem auf *zwei Ebenen*: Einerseits in Zug und andererseits in der nationalen Sicherheitspolitik. In Zug haben wir mit der SP eine gute «Geschäftsbeziehung», insofern wir über Listenverbindungen bei Nationalratswahlen oder gemeinsame Listen bei Exekutivwahlen oder gemeinsame Initiativen und Referenden, wo wir uns einig sind, keine Streitereien vom Zaune reissen. Zu offensichtlich liegt die Zusammenarbeit im Gesamtinteresse der Linken.

In den letzten Jahren häuften sich allerdings die *Friktionen*. Bei unseren Aktionen gegen den Finanz- und Handelsplatz hat die SP früher geschwiegen, mit ihrer öffentlichen Distanzierung gegenüber der Crown-Demo ist sie etwas gar weit gegangen. Ein anderes Beispiel war die Ausweitung der *Ladenöffnungszeiten*, der die SP im Kantonsrat zugestimmt hat. Wir haben dagegen im Alleingang das Referendum ergriffen und sind damit bei den Stimmberechtigten durchgekommen. Unter dem Druck des

Referendums musste allerdings auch die SP die Nein-Parole beschliessen. Differenzen gibt es sodann in ökologischen Fragen. In der Stadt hat die SP zwei Vorlagen zur Förderung des *Strassenbaus* gutgeheissen, während wir dagegen opponierten. Einmal haben wir gegen alle anderen gewonnen, das zweite Mal haben wir verloren. Beim Elektromarktgesetz standen wir wieder allein gegen Bürgerliche und Zuger SP auf der Seite der Sieger.

WS: *Und wie steht es um die SP auf der nationalen Ebene?*

JL: Es gab die grosse Auseinandersetzung um die *Auslandeinsätze* von Soldaten im neuen Militärgesetz und die humanitären Interventionen. Da hatte ich eine andere Position als die SP.

WS: *Da waren auch wir beiden nicht der gleichen Meinung, da ich solche Einsätze und Interventionen unter einem UNO-Mandat nicht zum vornherein ablehnen wollte.*

JL: Heute ist das Militärgesetz praktisch Makulatur geworden, weil mit dem Irakkrieg die *humanitären Interventionen* generell ihre *Glaubwürdigkeit* verloren haben. Die Amerikaner haben auch kein Interesse mehr an einer Mandatierung solcher Einsätze durch die UNO.

WS: *Das kann sich wieder ändern. Aber die Sicherheitspolitik wird wohl nicht das einzige Beispiel sein, wo Du mit der SP Mühe hast.*

JL: Weiter erlebe ich die *zunehmende Gewerkschaftsferne* der SP. In Zug gibt es fast keine SP-Leute mehr in den Gewerkschaften. Auch national haben sich Teile der SP stark von den Gewerkschaften entfernt. Und das, obschon die Gewerkschaften heute eine Politik machen, die der Verbindung von Sozialem und Ökologischem, wie sie die SP in den 80er Jahren gesucht hat, viel näher ist. Von daher müssten die Gewerkschaften heute für die SP viel attraktiver sein.

WS: Mit der Distanz zu den Gewerkschaften ginge die SP somit auf Distanz zu ihrer eigenen sozialökologischen Programmatik.

JL: Der SP kommt auch immer mehr die aktive Basis abhanden. Wenn das Ziel nur noch darin besteht, bei Wahlen möglichst viele Stimmen zu erzielen, dann weicht man allen heiklen Fragen aus. Das Herzblut fließt nun einmal für das Grundsätzliche und damit für das Schwierige und nicht für das Einfache, gegen den Krieg und für den Frieden, gegen die Fremdenfeindlichkeit und für die Sans-papiers. Wenn die politologischen Berater empfehlen: Hände weg von diesen heiklen Themen, dann wird auch die Basis nicht mehr aktiv. Dann fehlen aber auch die Leute, die es nur schon für Standaktionen vor den Wahlen braucht. Das elektorale Ziel vieler Stimmen deckt sich eben langfristig doch wieder mit dem Ziel, eine aktive Basis zu haben.

WS: Welcher Fraktion möchtest Du Dich im Fall Deiner Wahl anschliessen?

JL: Darüber entscheidet die Versammlung der Alternativen. Das sind immerhin 50 bis 60 Leute, die jeweils zusammenkommen. Ich persönlich schwanke zwischen den Grünen, wo viele Leute dabei sind, mit denen ich in den letzten 20 Jahren zusammengearbeitet habe, und einer Fraktion links von SP und Grünen. Ich vermute, dass die Versammlung eher zur Grünen Fraktion tendiert.

«Die Sozialismusfrage muss sich auf der globalen Ebene bewähren»

WS: Du hast eine interessante politische Biographie vorzuweisen: vom katholischen Milieu Deiner Herkunft aus einer Bauernfamilie im aargauischen Freiamt über die trotzkistische Revolutionäre Marxistische Liga (RML) bzw. die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP) bis zu Deiner heutigen politischen Arbeit. Was ist von Deinem Sozialismusverständnis geblieben?

JL: Ich setze mich weiterhin mit dem

Sozialismus auseinander, habe allerdings mehr Fragen und weniger Antworten als früher. Dass wir uns «sozialistisch» nennen, war bewusst gewählt. Wie unsere Wahlerfolge zeigen, war diese Entscheidung auch kein Hindernis. In der politischen Praxis reden wir allerdings weniger von einer «sozialistischen Alternative», als wir das vor 20 Jahren taten.

WS: Diese Alternative ist in Deinem kurzen Diskurs über «Wirtschaftsdemokratie» sehr wohl angeklungen.

JL: Gerade die Wirtschaftsdemokratie ist ein Beispiel, das zeigt, wie schwierig es ist, sozialistische Entwürfe realpolitisch umzusetzen.

WS: Sozialismus ist in diesem Sinn nie Realpolitik, sondern eine Vision, die uns die Richtung vorgibt, in der sich unsere realpolitischen Schritte bewegen, von der sie wenigstens nicht abweichen sollten.

JL: Ich komme aus einer Tradition, die immer wieder versucht hat, das utopische Maximalziel mit den konkreten Reformen zu verbinden. Es ist jedoch viel schwieriger, als wir damals dachten, eine sozialistische Alternative wie die Wirtschaftsdemokratie auf diese Weise umzusetzen.

WS: An der Utopie können wir trotzdem festhalten. Ihr Kairos kommt vielleicht erst in hundert Jahren. Aber er kommt ganz bestimmt nie, wenn wir die Erinnerung an dieses Hoffnungspotential aus unseren Köpfen verbannen.

JL: Ja, und ich sehe in den globalisierungskritischen Bewegungen durchaus die Chancen für eine neue Diskussi-



«Der Graben zwischen Nord und Süd wäre auch für den Sozialismus eine Jahrhundertaufgabe» (Bilder: W. Spieler).

on des Sozialismus und auch für eine *neue sozialistische Praxis*. Aber auch die tiefe Krise des Neoliberalismus, der ja die globale Rechtsalternative zum Sozialismus war, veranlasst uns, von neuem in Alternativen zu denken. Voraussetzung für einen solchen Neuanfang ist allerdings, dass wir aus dem, was in den letzten hundert Jahren unter «Sozialismus» gelaufen ist, eine sehr *kritische Bilanz* ziehen.

WS: *Ihr hattet Euren trotzkistischen Sozialismus in klarer Entgegensetzung zum Stalinismus verstanden. Von daher hast Du keinen Anlass, nun in Sack und Asche herumzulaufen und dem Sozialismus abzuschwören.*

JL: Aber auch die Tradition, aus der ich komme, muss in verschiedenen Fragen über die Bücher gehen. Insbesondere Vorstellungen wie *Avantgarde-Partei* oder «Alle Macht den Arbeitenden» gehören auf die Misthaufen der Geschichte. Oder die von uns postulierte *Rätedemokratie* beruhte auf einem Modell, wo die Leute ein Leben lang am gleichen Ort arbeiteten und wohnten, dadurch eine hohe kollektive Identität hatten, die es ihnen ermöglichte, am Arbeitsplatz oder im Quartier Alternativen zum Parlament zu entwickeln. Ein solches Modell taugt nicht für eine Gesellschaft, in der die Leute sehr mobil sind. Aber ich kann mir vorstellen, dass künftig neben dem nationalen Parlament nicht mehr der Ständerat die *zweite Kammer* bildet, sondern ein Gremium, das aus den konkreten Arbeits- und Wohneinheiten der Menschen gewählt wird.

WS: *Also eine Art Wirtschafts- und Sozialkammer. Aber kannst Du Dir auch vorstellen, dass die transnationalen Unternehmungen, diese «global players», selbst demokratisiert werden?*

JL: Das ist die grosse Herausforderung, dass die Demokratie- wie die Sozialismusfrage sich heute auf der *globalen*

Ebene bewähren muss. Da stehen wir erst am Anfang. Die Geschichte lehrt, dass die besten Ideen aus Bewegungen hervorgehen. Der unglaubliche Graben zwischen Nord und Süd wäre nach überwundenem Kapitalismus aber auch für den Sozialismus eine Jahrhundertaufgabe.

WS: *Wer hat mir in einem NW-Gespräch nach der gescheiterten «Hoffnungswahl» 1987 gesagt: «Die Linke ist nackt im Sinne von kaum vorhandener gesellschaftlicher Verankerung», und: «Die Arbeiterbewegung hat nur eine Zukunft, wenn sie wieder von vorn beginnt wie vor hundert Jahren»?*

JL: Das habe vermutlich ich gesagt.

WS: *Es war Dein prophetisches Wort zwei Jahre vor 1989.*

JL: Heute ist die soziale Vernetzung der Linksparteien und der Gewerkschaften noch schwächer geworden. Seit Ende der 90er Jahre gibt es aber wieder Ansätze zu *neuen Vernetzungen* – von den globalisierungskritischen Bewegungen und den Friedensbewegungen bis zum Streik der Bauarbeiter, wo Schweizer und Ausländer gemeinsam das Rentenalter 60 durchgesetzt haben.

Natürlich kann man nie von vorn anfangen. Es ist eine geschichtliche Tragödie mit verhängnisvollen Folgen, dass zu Beginn des 20. Jahrhunderts das Bündnis zwischen *Sozialismus und politischem Liberalismus* auseinandergebrochen ist. Wenn der Sozialismus eine Zukunft haben will, muss er unbedingt die emanzipatorischen Forderungen des politischen Liberalismus wiederaufnehmen. Ich meine das nicht im sozial-liberalen Sinn eines Gurtenmanifests. Gerade in der Ausländerfrage ist dieses Manifest weder sozial noch liberal. Auch die bürgerlichen Parteien, die unter Liberalismus nur noch neoliberalen Wirtschaftsliberalismus verstehen, haben aufgehört, ein Ort des politischen Liberalismus zu sein.

Es gibt *zivilisatorische Errungenschaften*, die mit dem politischen Liberalismus verbunden sind und hinter die eine sozialistische Bewegung unter keinen Umständen zurückfallen darf. Dazu gehören die Vorstellung, dass die politische Macht eine Leerstelle ist, die zum voraus niemandem gehört, dass die Grundeinheit einer Demokratie das mündige Individuum und nicht irgendein Kollektivsubjekt ist, dass Pluralismus und Menschenrechte keinem Prinzip, weder den Marktkräften noch irgendeiner Religion und auch nicht dem Sozialismus, untergeordnet werden dürfen.

«Kulturell bin ich stark katholisch geprägt»

WS: *Und was ist vom Katholizismus geblieben, mit dem Du Dich seit etwa 10 Jahren auch als Historiker auseinandersetzt?*

JL: Von einem dogmatischen Standpunkt aus bin ich kein Katholik.

WS: *Ich würde die Definition des Katholischseins nicht unbedingt den Dogmatikern überlassen.*

JL: (Lacht.) Aber *kulturell* bin ich stark katholisch geprägt. Dazu stehe ich auch. Als Kind war für mich die Kirche der Zugang zur Welt. Und die Welt ist für mich die wichtigste Referenz geblieben, auch in meiner Politik. Dass ich eine allererste Verantwortung für die Welt habe, das hat sicher ...

WS: ... *mit dieser ersten «Internationalen» zu tun, der Du in der katholischen Weltkirche begegnet bist.*

JL: Oder dass *Geld und Kapital* anderen Werten *untergeordnet* werden sollen – diese gut katholische Forderung wurde mir schon auf dem Bauernhof beigebracht. Aber auch innerhalb des Christentums hat es Veränderungen gegeben. In meiner alternativen Fraktion sind vier von acht Mitgliedern beruflich oder ehrenamtlich in der Kirche engagiert. Aus dem zeitgenössischen Christentum, und

hier nicht zuletzt von engagierten Frauen, kommen viele politisch wichtige Impulse.

«Frappierend ist der Einbruch der SVP ins katholische Milieu»

WS: *Deine Kritik am politischen Katholizismus kommt Dir in der Auseinandersetzung mit der nationalistischen Rechten zustatten. Die in der CVP heimatlos gewordenen KK-Traditionalisten wenden sich der – ebenfalls «christlich» firmierenden – SVP zu. Am Beispiel der Kontroverse um die Einbürgerung ziehst Du eine direkte Linie vom Nidwaldner Geistlichen Josef Konrad Scheuber (1905-1990), der dem «Schweizer» eine «übergeschichtliche Wesenheit» zugeschrieben habe, zur Abschottungsideologie der heutigen SVP.*

JL: Das Frappierendste am elektoralen Aufstieg und an der geographischen Ausbreitung der SVP Ende der 90er Jahre ist der Einbruch dieser ursprünglich protestantischen Partei ins *katholische Milieu*. Noch 1991 hatte die SVP unter katholischen Wählerinnen und Wählern einen Anteil von weniger als 5 %. Heute dagegen ist dieser Anteil auf über 20 % gewachsen. Damit ist die SVP zur zweitstärksten Partei unter den Katholikinnen und Katholiken geworden. Das ist das quantitativ und qualitativ wichtigste Element im Aufstieg der SVP. Das wird in einer konfessionsblind gewordenen Forschung viel zu wenig beachtet.

Ich selbst merke das in der *eigenen Verwandtschaft*. Da gibt es Leute, die hätten vor 20 Jahren noch Angst gehabt, sie kämen nicht in den Himmel, wenn sie nicht CVP wählten. Heute sind sie aktiver Teil der SVP. Ich behaupte: Sie sind nicht in der SVP, weil sie sich geändert haben, sondern weil sie sich nicht geändert haben. Sie sind katholisch-konservativ geblieben.

WS: *Und die SVP gibt ihnen eine ideologische Heimat.*

JL: Dass es den Leuten so leicht fällt, vom

katholischen Konservatismus zum Nationalkonservatismus zu wechseln, hat damit zu tun, dass der katholische Konservatismus in der Schweiz stark *nationalistisch* geprägt war. Vor allem in der Geistigen Landesverteidigung hatte sich dieses Element noch verstärkt.

WS: *Die Gefahr besteht allerdings, dass die bürgerliche Mitte immer weiter nach rechts driftet. Auch Dein direkter Konkurrent um das dritte NR-Mandat des Kantons Zug scheint seine CVP bis zur Unkenntlichkeit auf SVP-Kurs bringen zu wollen. Schon sein Vorgänger Peter Hess ist als Nationalratspräsident und Sammler von Verwaltungsratsmandaten nicht nur positiv aufgefallen. Lassen sich das die verbliebenen Christenmenschen in dieser Partei gefallen?*

JL: Der Nachfolger, den sich die CVP wünscht, steht deutlich rechts von Peter Hess. Auch die beiden bisherigen Zuger Nationalräte stehen im NZZ-Rating weit rechts. Die Beziehung der CVP zu den *Kirchen* ist locker geworden. Auf der anderen Seite haben wir eine recht offene Geistlichkeit in unserem Kanton, die mit der CVP wenig am Hut hat.

In der Stadt Zug hat es auch eine *Abspaltung von Christlichsozialen* gegeben, die den Rechtskurs der CVP nicht mehr mittragen wollten. Der Vertreter der Christlichsozialen im Kantonsrat ist auch unserer Fraktion beigetreten. Wenn es Diskussionen gibt um *christliche Werte*, dann bestimmen wir die Diskussion. Dann interessieren sich die Leute nicht um die Registrierung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften, die bei uns ohnehin mehrheitsfähig ist, sondern um die Ausbeutung der Dritten Welt. Die CVP vermeidet daher die Wertediskussion.

«Der Selbstmordanschlag in Zug verweist auf die Verbindung von Waffe und Würde»

WS: *Am 27. September 2001 jährt sich zum zweiten Mal der Selbstmordan-*

schlag auf das Zuger Kantonsparlament. Was folgt für Dich als einem der Überlebenden aus diesem Ausbruch blinder Wut? War das ein Menetekel?

JL: Dieser Selbstmordanschlag war eine aussergewöhnliche Tragödie. Bei Erklärungen bin ich vorsichtig, vor allem auch, weil es sich um einen Einzeltäter gehandelt hat. Ich sehe einen Zusammenhang zwischen dem Profil des Täters, dem Ablauf des Attentats und der Verbindung von Waffe und Würde. Dieses *Verhängnis* im ursprünglichen Sinne des Wortes ist in der schweizerischen, wie übrigens auch US-amerikanischen Kultur, immer noch stark verankert. Früher sagte man: Wehrlos gleich ehrlos (was die Einführung des Frauenstimmrechts derart erschwerte). Wenn ich dafür bin, dass Mitglieder von Schützen- und Jägervereinen ebenfalls einen Waffenschein brauchen und dass die Ordonanzwaffe im Zeughaus bleiben soll, dann hat das auch symbolische Gründe. Damit soll das Vorurteil, ein Gewehr zu haben, sei eine besondere Ehre, untergraben werden.

Der Amoklauf eines Menschen, der einerseits in der Dominikanischen Republik gelebt hatte wie ein machistischer Kolonialherr und der andererseits im Schützenhaus auf dem Seelisberg übte, könnte Ausdruck einer neoliberalen Spannung zwischen verrückter Globalisierung und nationalistischem Rückzug sein. Aber ich muss es bei dieser an sich interessanten Frage belassen. Immer abgelehnt habe ich den Zusammenhang mit dem Handels- und Finanzplatz Zug. Dass sich das Attentat in Zug ereignete, erklärt sich aus der Herkunft des Täters.

WS: *Jo, ich wünsche Dir viele Wählerinnen und Wähler, die Dein Unbehagen über die wachsende Kluft von Arm und Reich, ja Deine Empörung über den «Finanz- und Handelsplatz» Zug und Schweiz überhaupt teilen, aber auch Deine Hoffnung, dass eine «andere Welt möglich» ist.* ●